

Rudolf Walther

## Steuerwahn, Raubzug, partielle Enteignung

Wie die Medien gegen grüne Steuerpläne polemisieren

*Bereits bei den Steuererhöhungsplänen der SPD gab es einen Aufschrei von Schwarz-Gelb und in vielen Medien, umso mehr bei den etwas radikaleren Plänen der Grünen. Von Ausbeutung der Produktiven wird gesprochen und von einem kapitalen Raubzug durch die Mitte der Gesellschaft. Doch Demokratie und Sozialstaat können ohne ein gerechtes Steuersystem nicht existieren.*

**B**eim Geld hört sprichwörtlich die Gemütlichkeit auf. Ist in Deutschland gar von Steuern die Rede, öffnet sich ein Abgrund von Irrationalität, Ressentiments, Eifer und Geifer. Im Bundestagswahlkampf 2009 profilierte sich die FDP als Steuer-senkungspartei mit einem Stufentarif und einem Höchststeuersatz von 35 %. In einer rundum populistischen Kampagne gelang es der Partei der Besserverdienenden immerhin, stolze 14,6 % der Wähler für sich zu mobilisieren.

Besonders anfällig für Demagogie in Steuerdebatten ist die Stammebelegschaft von Talkshows. Arnulf Baring etwa, den das Fachorgan *BILD* schon 2002 zum »klügsten Professor Deutschlands« kürte, weil er die Bürger in Frank Schirrmachers *FAZ*-Feuilleton aufforderte, »auf die Barrikaden« zu steigen, um für »massenhaften Steuerboykott« und »die Wiederbelebung der Selbständigkeit« zu kämpfen. Neu sind diese neoliberal grundierten Kampfauf-rufe gegen den Staat und insbesondere den Sozialstaat nicht. Bemerkenswert und fast schon skurril ist jedoch, dass es vor allem aktive und pensionierte Staatsbeamte bzw. Professoren sind, die dem Staat entziehen wollen, woraus sie selbst lebenslang ihre Gehälter und Pensionen bezogen: Die Steuereinnahmen.

Was solche akademisch drapierten Auf-rufe betrifft, stellte der mediale Guru und



**Rudolf Walther**

(\* 1944) ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für Schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* sind bisher zwei von geplanten vier Bänden mit seinen Arbeiten im *Oktober-Verlag* erschienen.

rudolf.walther@t-online.de

Fernsehphilosoph Peter Sloterdijk schon 2009 Barings Aufruf in den Schatten und trommelte – ebenfalls im *FAZ*-Feuilleton – zum »fiskalischen Bürgerkrieg« bzw. zur »Revolution der gebenden Hand« – also zum Übergang von »Zwangssteuern« und »Staats-Kleptokratie« zur freiwilligen Abgabe durch die »Leistungsträger« und »Produktiven«. Sloterdijks Phrasen über »die Ausbeutung der Produktiven durch die Unproduktiven« oder der »Transfermassengeber« durch die »Transfermassennehmer« klingen hierbei der sozialdarwinistisch imprägnierten Unterscheidung Friedrich Nietzsches zwischen »Herrenmenschen« und »Herdenmenschen« gefährlich ähnlich.

Argumentativ weniger demagogisch und in der Diktion moderater spricht sich jetzt der *Spiegel* gegen die Steuerpläne der Grünen aus. Die Partei verabschiedete auf ihrem Parteitag ein mutiges Steuerprogramm, das vorsieht, den Spitzensteuersatz von 45 auf 49 % zu erhöhen, die ver-

mögenden Privatpersonen – nicht die Betriebsvermögen, deren Substanz von den Plänen nicht tangiert sind – vorübergehend stärker zu belasten und das Ehegattensplitting, das nur Spitzenverdienern große Vorteile bringt, schrittweise abzubauen. Hinzu kommt eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze bei den gesetzlichen Krankenkassen, womit der Anachronismus endlich beseitigt wird, dass schon Einkommen über 47.000 Euro von einer solidarischen Mitverantwortung im Gesundheitssystem befreit werden.

Die grünen Steuerpläne sind gut begründet. Die zusätzlichen Einnahmen sollen vor allem dem Schuldenabbau und der dringenden Verbesserung der Infrastrukturen im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei der Energiegewinnung dienen. Die Grünen berufen sich auf Umfragen, wonach 56 % der Deutschen dafür sind, dass Gutverdienende mehr Steuern bezahlen. Und auch die Mehrheit der grünen Wählerschaft, wozu viele Gutverdienende zählen, steht hinter dem Steuerprogramm.

### **Konjunktur der Stammtisch-Ressentiments**

Insbesondere die überraschend positive Resonanz, auf die das grüne und das sozialdemokratische Steuerprogramm stieß, löste bei den konkurrierenden Parteien und in den Medien polemische Reaktionen aus. Beide setzen auf das Stammtisch-Ressentiment, wonach »man« Steuererhöhungen nur ablehnen kann. Der *Spiegel* spricht von einem »Raubzug mit Ansage« und »grünem Steuerwahn«, *Die Welt* von einer »Steuerorgie« und die Union der mittelständischen Unternehmen von einer »partiellen Enteignung des Mittelstandes«. Zwar ist es richtig, dass in der Regel Wahlen eher derjenige gewinnt, der Steuersenkungen verspricht als jener, der Steuererhöhungen in Aussicht stellt. Das ist aber bestenfalls ein

Rezept aus der Hausapotheke von Wahlkämpfern und smarten Politikberatern, aber kein Naturgesetz und schon gar kein Ausdruck politischer Vernunft. Nur wenn man den Staat – Wolfgang Sofsky folgend – marktliberal auf die Garantie von Eigentum und Sicherheit reduziert, wird die angemessene Besteuerung von Einkommen, Kapital und leistungsfrei erworbener Vermögen/Erbschaften zu einem »Akt der Willkür«. Im Anschluss an den Historiker August Ludwig Schlözer (1735-1809) be-greift der Privatgelehrte Sofsky Schutz und Sicherheit als »einzig legitime Kernaufgaben des Staates«. So weit gehen der *Spiegel*, die *FAZ*, das *Handelsblatt* und die FDP noch nicht, aber wahrscheinlich nur deshalb, weil sie sich nicht getrauen, ihre brachiale Polemik gegen Steuern und Sozialstaat zu Ende zu denken. Die *FAZ* versucht, die Unterscheidung zwischen »illegaler Steuerhinterziehung« und »legaler Steuer-  
vermeidung« – was in etwa der Unterscheidung zwischen illegalem Steuerbetrug und legaler Steuerhinterziehung im eben scheiternden Geschäftsmodell der Schweizer Banken und der Berner Politik entspricht – zur Waffe der »Ärmsten« zu erklären, mit der »der Druck auf die Regierungen« aufrecht erhalten werde, »Steuerlast und Ausgaben zu senken«. Freilich ist nicht zu übersehen, dass manch ein Befürworter der »legalen Steuervermeidung« noch nie zu den »Ärmsten« im Lande gehörte, sondern eher zur betuchten Gang von Zockern, Heuchlern und »Ärmel-hoch-Predigern«.

Besonders aggressiv reagierten einzelne Medien auf die erklärte Absicht des grünen Steuerprogramms, das Verhalten der Bürger mit steuerlichen Maßnahmen zu beeinflussen. Der *Spiegel* kritisierte voller Empörung, »dass das Steuersystem die Bürger lenkt. Gutes Verhalten im Sinne der grünen Programmatik soll finanziell belohnt, Fehlverhalten bestraft werden. Der Finanzbeamte wird zum Volkspädagogen.« Mit diesem allein der Abschreckung die-

nenden Pseudoargument soll das politisch restlos vernünftige Konzept, bei dem es nicht nur um Geld, sondern auch um Reformen und Politik geht, geradezu kriminalisiert werden. Diese Attacke ist ebenso abwegig wie der Versuch, die »Transformation der Gesellschaft« durch Steuerpolitik als Anschlag auf die Gesellschaft zu denunzieren. Auch Armin Laschet von der CDU sprach im Zusammenhang mit den grünen Steuerplänen entrüstet von »Um-  
erziehungsrhetorik«, als ob es verboten wäre, das Verhalten von Bürgern mit Steuern oder Steuervorteilen zu ändern. Das *Handelsblatt* schoss daraufhin eine formelle Feinderklärung auf Jürgen Trittin ab. Er sei der »neue Feind der Wirtschaft«.

Am lautesten empörte sich die Steuer-senkungspartei FDP auf ihrem Parteitag in Nürnberg. Rainer Brüderle sprach von »Neo-Kollektivismus«, Philipp Rösler von »partei gewordenem Tugendwahn« und einem »kapitalen Raubzug durch die Mitte der Gesellschaft«. Otto Fricke verstieg sich zur Behauptung: »Auch nur an Steuer-  
erhöhungen zu denken, ist nicht nur überflüssig, sondern gefährlich.« Eric Schweizer, der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer operierte mit der aus der Luft gegriffenen Zahl von 1,4 Millionen Arbeitsplätzen, die angeblich durch das grüne Steuerprogramm verloren gehen würden. Ein direkter Zusammenhang von Steuerniveau und Arbeitslosenquote ist jedoch nicht erwiesen, sondern reine Interessen-Prosa.

Es ist zu hoffen, dass die Wahlkampfstrategen den Sirengesängen aus den eigenen Reihen, der Polemik von Schwarzen und Gelben sowie den Medien widerstehen und ihre Steuerpläne weder verwässern noch zerreden. Ohne ein gerechtes Steuersystem sind Sozialstaat und Demokratie nicht zu haben. Das populistische Gerede vom schlanken Staat führt geradewegs in die Billig-Demokratie. ■